Wirksam, gerecht, von allen gewollt

Mit dem Stern-Report brachte der Brite die Klimadebatte wieder in Gang – nun legt er nach

Von Dagmar Dehmer

Berlin - Fast genau 100 Tage vor dem Weltklimagipfel in Kopenhagen meldet sich Nicholas Stern wieder zu Wort. Der frühere Chefökonom der Weltbank, der 2006 mit dem Stern-Report die Kosten des Klimawandels den Kosten des Klimaschutzes gegenübergestellt hat, legt einen Entwurf für einen neuen globalen Klimapakt vor. Am Freitag stellte er das Buch („Der Global Deal. Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen") in Berlin vor. Wenn er damit auch nur annähernd so viel Wirkung erzielt wie mit dem Stern-Report, kann der Gipfel in Kopenhagen kaum noch scheitern.

Der Beck-Verlag, in dem die deutsche Ausgabe erscheint, hat Stern zwei Mitstreiter an die Seite gestellt: den Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, Hans-Joachim Schellnhuber, und dessen Vize Ottmar Edenhofer, der gleichzeitig die Arbeitsgruppe drei (politische Optionen für den Klimaschutz) des Weltklimarats leitet. In einem waren sich die zwei Ökonomen und der Physiker Schellnhuber einig: Kopenhagen muss ein Erfolg werden und ein wirksames, gerechtes und von allen akzeptiertes Klimaabkommen zum Ergebnis haben.

Nicholas Stern findet angesichts dessen, was für die Welt auf dem Spiel steht, dass das eigentlich „ein Kinderspiel" sein müsste. Fünf Grad globaler Erwärmung bis 2100 im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung „würden die Siedlungsgebiete der Menschheit neu definieren". Und die Flucht von Hunderten von Millionen Menschen würde nach allen Erfahrungen Krieg bedeuten, da ist sich Stern sicher. Klimaschutz sei also eine Frage des Risikomanagements.

Foto: ddp

Nicholas Stern sieht im Klimaschutz vor allem Chancen

Nach Sterns Überzeugung muss der Kopenhagen-Vertrag vier Elemente enthalten: Die Industriestaaten müssen sich verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, bis 2050 um 80 Prozent. Auf diesem Weg müssten sie beweisen, dass ein treibhausgasarmes Wirtschaftswachstum „möglich und bezahlbar ist". Das sei die Voraussetzung dafür, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer glaubhafte Pläne entwickeln, wie sie bis 2050 zu einem Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen von etwa zwei Tonnen pro Jahr kommen könnten. Den Höhepunkt ihrer Emissionen müssten sie zwischen 2020 und 2030 erreichen. Ein globales Emissionshandelssystem, in dem Lizenzen zum CO_2-Ausstoß gehandelt werden können, ist aus seiner Sicht eine notwendige Voraussetzung. Und weil die Industrieländer das Problem verursacht haben, sollen sie für die Bewältigung etwa 0,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts ausgeben, verlangt Stern. Für rund 200 Milliarden Dollar jährlich von 2020 an sei der Stopp der weltweiten Entwaldung, die Verbreitung von klimafreundlichen Technologien und Unterstützung für die Anpassung an die unabwendbaren Folgen des bereits in Gang gesetzten Klimawandels zu haben. Angesichts eines Weltinlandsprodukts von 60 Billionen Dollar sollte das ein „Kinderspiel" sein, findet Stern.

Schellnhuber und Edenhofer vertreten einen weitaus radikaleren Plan als Nicholas Stern. Beide verlangen eine Einigung auf ein Gesamtbudget von Kohlendioxid (CO_2), das weltweit bis 2050 noch in der Atmosphäre deponiert werden darf. Um unter zwei Grad Erwärmung zu bleiben, „darüber wird es sehr gefährlich" (Stern), dürften nur noch rund 850 000 Tonnen CO_2 emittiert werden. Derzeit sind es weltweit jährlich 50 000 Tonnen. Dieses Budget müsste „treuhänderisch" verwaltet werden, verlangt Edenhofer. Alle drei halten ihre Pläne durchaus für leicht utopisch, aber keineswegs unrealistisch. Schließlich habe sich in der Politik seit 2005 „eine Menge bewegt", sagt Stern.